



Kurzprotokoll der 55. Sitzung

Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, den 24. April 2024, 14:30 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal 4.400

Vorsitz: Katrin Budde, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 5

Strukturreform der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Prof. Dr. Hermann Parzinger

Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Präsident

Vertreter der Bundesländer:

Senatsdirektor Hans Heinrich Bethge

Leiter des Amtes Kultur in der Hamburger Behörde
für Kultur und Medien

Staatsminister Rainer Robra

Chef der Staatskanzlei
Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt



Tagesordnungspunkt 2

Seite 17

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Fußball-EM 2024 – Volle Unterstützung für ein neues Sommermärchen

BT-Drucksache 20/10068

Federführend:
Sportausschuss

Mitberatend:
Verkehrsausschuss
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Berichterstatter/in:
Abg. Daniel Schneider [SPD]
Abg. Maximilian Mörseburg [CDU/CSU]
Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Anikó Glogowski-Merten [FDP]
Abg. Martin Erwin Renner [AfD]
Abg. Jan Korte [Die Linke]

Tagesordnungspunkt 3

Seite 17

Antrag der Abgeordneten Peter Felser, Stephan Protschka, Bernd Schattner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Kulturgut Fleisch schützen – Kennzeichnungspflicht für künstlichen Fleischersatz aus dem Labor

BT-Drucksache 20/10977

Federführend:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Mitberatend:
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:
Abg. Helge Lindh [SPD]
Abg. Ansgar Heveling [CDU/CSU]
Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Anikó Glogowski-Merten [FDP]
Abg. Martin Erwin Renner [AfD]
Abg. Jan Korte [Die Linke]



Tagesordnungspunkt 4

Seite 17

Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Für starke Quartiere, ein attraktives Lebensumfeld und ein gutes Leben in der Nachbarschaft – Die Städtebauförderung

BT-Drucksache 20/6711

Federführend:

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Mitberatend:

Sportausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss für Digitales

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Katrin Budde [SPD]

Abg. Marco Wanderwitz [CDU/CSU]

Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Anikó Glogowski-Merten [FDP]

Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

Abg. Jan Korte [Die Linke]

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Budde, Katrin Koß, Simona Lindh, Helge Schieder, Marianne Schneider, Daniel Weingarten, Dr. Joe	Kühnert, Kevin Müntefering, Michelle Rabanus, Martin Rohde, Dennis Wegge, Carmen Wiese, Dirk
CDU/CSU	Frieser, Michael Mörseburg, Maximilian Schenderlein, Dr. Christiane Wanderwitz, Marco Widmann-Mauz, Annette	Bär, Dorothee Connemann, Gitta Heveling, Ansgar Klößner, Julia Krings, Dr. Günter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Amtsberg, Luise Grundl, Erhard Tesfaiesus, Awet	Fester, Emilia Sacher, Michael Schönberger, Marlene
FDP	Glogowski-Merten, Anikó Hacker, Thomas	Fricke, Otto Tippelt, Nico
AfD	Jongen, Dr. Marc Renner, Martin Erwin	Frömming, Dr. Götz Storch, Beatrix von
Die Linke	Korte, Jan	Sitte, Dr. Petra



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden sowie die Zuschauer/-innen an den Bildschirmen, berichtet über den Ablauf der Sitzung und gibt organisatorische Hinweise. Vereinbarungsgemäß finde die Beratung der Tagesordnungspunkte 2 bis 4 ohne Aussprache statt. Tagesordnungspunkt 2 würde jedoch abgesetzt, da die Anforderung des Votums durch den federführenden Ausschuss zurückgezogen worden sei.

Die Vorsitzende informiert, dass sich die Fraktionen auf einen gemeinsamen Vorschlag für Untersuchungen zur Technikfolgenabschätzung verständigt hätten. Thema 1 laute: Identifizierung von Inhalten, die von generativen KI-Systemen erzeugt wurden. Thema 2 laute: Soziale und wirtschaftliche Chancen und Risiken von KI für die Kulturbranche. Sie werde die Vorschläge nun an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung übermitteln.

Tagesordnungspunkt 1

Strukturreform der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Prof. Dr. Hermann Parzinger
Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Präsident

Vertreter der Bundesländer:

Senatsdirektor Hans Heinrich Bethge
Leiter des Amtes Kultur in der Hamburger Behörde für Kultur und Medien

Staatsminister Rainer Robra
Chef der Staatskanzlei
Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt

Die **Vorsitzende** begrüßt die Gäste, erläutert das vereinbarte Format der Beratung und übergibt das Wort für einleitende Bemerkungen.

Dr. Andreas Görgen (Leitender Beamter, BKM) erörtert drei Punkte. 1. Die Vergangenheit: Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ und zur Übertragung von Vermögenswerten des ehemaligen Landes Preußen auf die Stiftung (PrKultbG) stamme aus dem Jahr 1957. Aufgrund einer Bund-Länder-Streitigkeit habe sich 1959 das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) damit befasst. Es habe in seinem Urteil von einer national-repräsentativen Aufgabe gesprochen und ausgeführt, dass es der moderne Staat als seine Aufgabe begreifen müsse, die kulturelle Entwicklung der Gemeinschaft der Bundesrepublik zu fördern und daher auch das Vermögen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) zu pflegen und für Wissenschaft und Publikum zugänglich zu machen.

2. Die Gegenwart: Allen am aktuellen Reformprozess Beteiligten sei deutlich, dass sich der föderale Mehrwert der SPK immer wieder neu beweisen müsse. Dieser Punkt sei in der Sitzung des Stiftungsrats im vergangenen Jahr hervorgehoben worden. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sei daher wichtig. Dr. Görgen dankt dafür Staatsminister Rainer Robra aus Sachsen-Anhalt und Senatsdirektor Hans Heinrich Bethge aus Hamburg.

Weiterhin dankt Herr Dr. Görgen Frau Abg. Prof. Monika Grütters, die in der vorherigen Legislaturperiode als BKM gemeinsam mit den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD im Jahr 2021 entschieden habe, dass die SPK als Gesamtverbund erhalten bleiben und nicht zerschlagen werden solle, wie es der Wissenschaftsrat im Jahr 2018 gefordert habe. Wesentlich sei der Beschluss des Stiftungsrats im Jahr 2022 gewesen, aufgrund dessen ein Interimsvorstand eingerichtet und der Reformprozess angestoßen worden sei.

3. Finanzen: Die Reform habe auch finanzielle Implikationen. Er könne am heutigen Tag jedoch nichts zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2025 sagen. Ihm und dem Deutschen Bundestag sei das Problem bewusst. Bei der organisatorischen Reform der SPK habe die Stiftung große Fortschritte erreicht, die Herr Dr. Görgen kurz skizziert.



Die SPK habe gerade eine Studie veröffentlicht, die Folgendes zeige: Die Besucher/-innen der SPK-Einrichtungen bildeten soziologisch den Querschnitt der Gesellschaft ab, sie seien ein politisiertes Publikum, der Zuspruch reiche an den Zuspruch zur Bundesliga heran und gehe bei den Besuchszahlen insgesamt gar darüber hinaus.

Herr Dr. Görden zeigt sich optimistisch, dass der Reformprozess (Gesetzgebungsverfahren und finanzielle Fragen), der 2018 begonnen worden sei, in dieser Legislaturperiode zu einem guten Ende gebracht werden könne. All dies sei nur möglich, da Tausende Mitarbeiter/-innen der SPK gemeinsam mit dem Vorstand und allen Leiterinnen und Leitern der Institutionen trotz Perioden der Ungewissheit und Unruhe sehr energisch daran arbeiteten.

Prof. Dr. Hermann Parzinger (Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Präsident) bemerkt eingangs, dass Bund, BKM und die Länder die Reform von Anfang an stark unterstützt hätten. Inzwischen sei mit PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD) externe Expertise an Bord. Herr Prof. Dr. Parzinger skizziert den Reformprozess mit einer Präsentation.

Vier Punkte stünden im Zentrum. 1. Strategie: Es stellten sich die Fragen „Wo will die SPK 2030 hin?“ und „Welcher strategische Gesamtrahmen ist entscheidend?“. 2. Reorganisation der Staatlichen Museen: Die Generaldirektion werde aufgelöst. Das bedeute, dass etwa 270 Mitarbeitende neue Aufgaben bekämen. Die einzelnen Häuser würden zu Marken (Beispiele: Hamburger Bahnhof, Pergamonmuseum, Altes Museum) und gestärkt werden. Die Fachaufgaben rückten deutlich näher an die Museen und Institute heran. 3. Finanzen: Jedes Haus werde über ein eigenes Budget verfügen. 4. Personal: Die Häuser sollen beim Personal dezentraler arbeiten können (Personalgewinnung und -betreuung).

Prof. Dr. Parzinger kommt vertiefend auf die Strategie zu sprechen. Die inhaltliche Vision laute: Wir verbinden Menschen, Zeiten, Räume. Es gehe darum, Vielfalt erlebbar zu machen, Expertise in gesellschaftliche Debatten einzubringen und die

Zukunft partnerschaftlich zu gestalten.

Sieben Wirkungsfelder seien erarbeitet worden und würden bei den sieben Interimsvorstandsmitgliedern verankert (SPK-Mitarbeitende, SPK-Organisation, Bund & Länder, Fach-Communities, Publikum, Gesellschaft, Internationale Partner). Herr Prof. Dr. Parzinger beschreibt die Felder detailliert.

Die Mitwirkung der über 2.000 Mitarbeitenden sei sehr wichtig. Sie könnten sich in Arbeitsgruppen einbringen, um für die Wirkungsfelder bis Anfang Juni konkrete Maßnahmen zu erarbeiten. Einige messbare Maßnahmen je Wirkungsfeld würden dann umgesetzt. Es handele sich um einen iterativen Prozess.

Ein zentrales großes Projekt sei die Neuorganisation der Staatlichen Museen. Unter dem Vorstand werde ein Stab angesiedelt, der die Gesamtsteuerung der Stiftung übernehme. Die Museen und Institute verantworteten fachlich autonom das Kerngeschäft und die strategische Steuerung von Museumsteams, die wiederum die fachmusealen und fachnahen Aufgaben bündelten. Die Museumsteams betreuten jeweils mehrere benachbarte Häuser. Querschnittliche Services würden zum Teil dezentral in einzelnen Einrichtungen angesiedelt, die für alle Museen und Institute arbeiteten, oder bei der zentralen Serviceeinheit.

Exemplarisch zeigt Prof. Dr. Parzinger die Zeitschiene für die Reorganisation der Museen, ähnliche Übersichten existierten für die Bereiche Strategie, Finanzen und Personal. Die Vorgehensplanung sei eng getaktet. Im Jahr 2024 wolle die SPK bereits wesentliche Punkte zum Abschluss bringen.

Jedem Museum/Institut werde ein eigenes Budget zugewiesen, das die Leitung verantworte. Die entsprechenden Prozesse müssten entwickelt werden: Budgetierung, Finanzprozesse und Berichtswesen. Es sei lange diskutiert worden, nach welchen Kriterien die beweglichen Budgets (Gelder für Ausstellungen, Restaurierungen, Dienstreisen et cetera) aufgeteilt werden sollen.



Herausgekommen seien sechs Budget-Gruppen. Herr Prof. Dr. Parzinger nennt die Kriterien und beispielhaft einige Häuser mit den entsprechenden Summen. Zusätzlich könnten die Häuser Mittel einwerben.

In diesem Jahr stehe die Aufgabe bevor, die Strategie des Verbunds SPK erfahrbar und messbar zu machen. Anfang des Jahres seien die Mitarbeiter/-innen online befragt worden. Fast 1.000 – die Hälfte – hätten sich an dem Stimmungsbarometer beteiligt. Es gebe auch kritische Töne, doch zugleich seien die Ergebnisse motivierend.

Die Reform der SPK sei notwendig und man sei auf dem richtigen Weg. Am Ende müsse die Veränderung für jede(n) Einzelne(n) eine spürbare Verbesserung bringen. Selbststeuerung und Autonomie seien die zwei Kernpunkte der Reform. Zugleich bleibe ein starker Verbund erhalten.

Es existiere nicht mehr die „SPK der fünf“ mit Staatlichen Museen, Staatsbibliothek, Geheimes Staatsarchiv, Ibero-Amerikanischem Institut und Staatsinstitut für Musikforschung, sondern die „SPK der 25“, wo jedes einzelne Museum/Institut eine eigene Einrichtung sei. Selbstverständlich müssten der Interimsvorstand, die Arbeitsweise und die Steuerungsmodalitäten weiterentwickelt werden. Die Befürchtung, der Vorstand könne sich zu sehr in die Belange der Institute und Einrichtungen einmischen, seien unbegründet. An der Spitze gehe um die Gesamtsteuerung.

Bei Konflikten endeten die Eskalationsstufen im Vorstand. Bereits jetzt würden im Interimsvorstand Probleme gemeinsam diskutiert. Durch das neue System zeigten sich andere Gestaltungsmöglichkeiten, da die Mitglieder plötzlich auch Verantwortung für die Gesamteinstitution hätten.

Bis Ende des Jahres solle die Umstrukturierung bei den Staatlichen Museen vollzogen sein. Das sei nicht trivial. Der Örtliche Personalrat (ÖPR) habe erneut Gesprächsbedarf angemeldet. Man könne Mitarbeiter/-innen nicht einfach versetzen.

Die zentrale Serviceeinheit sei wichtig. Dort würden Aufgaben, die sinnvollerweise nicht dezentralisiert werden sollten, verantwortet. Es sei eine Institution, die neben den Einrichtungen stehe und serviceorientiert Entwicklungen ermöglichen solle. Evaluationen seien geplant, Optimierungen der Prozesse samt weitgehender Digitalisierung würden angestrebt.

Es würden zahlreiche Informationsveranstaltungen und Workshops zur Einbindung der Mitarbeiter/-innen angeboten. So hätten die Verantwortlichen für den Bereich „Bildung und Vermittlung“ zum Beispiel ein neues Konzept erarbeitet, das dezentraleres Arbeiten ermögliche. Es sei bereits viel passiert.

Für das nächste Jahr werde noch viel zu tun bleiben. Man wolle sich nie zurücklehnen, sondern werde die neuen Strukturen immer wieder evaluieren müssen und gegebenenfalls nachjustieren. Der Prozess des Gesetzgebungsverfahrens, die neue Satzung, Finanzierungsabkommen et cetera liefen parallel.

Das vertrauensvolle enge Zusammenwirken mit der BKM sowie mit den Ländern sei zentral und die Basis für Erfolg.

Staatsminister **Rainer Robra** (Chef der Staatskanzlei, Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt) bemerkte eingangs zum einen, dass das bekannteste preußische Kulturerbe Immanuel Kant sein dürfte, der mittlerweile als der größte deutsche Philosoph gelte. Zum anderen komme er aus einem Bundesland, das als ehemals preußische Provinz Sachsen auch eine eigene preußische Tradition habe.

Das PrKultbG sei auch Gegenstand des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) gewesen. Der Staatsminister zitiert aus Artikel 35 und bezeichnet das PrKultbG als Provisorium. Den aus dem Einigungsvertrag noch einzulösenden Auftrag begleite er von Anfang an und man sei sehr weit gekommen.



Die Reformkommission habe Eckpunkte verabschiedet, die sich der Stiftungsrat dann zu eigen gemacht habe. Diese wiederum stützten die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz, sodass der Prozess, der jetzt in der Stiftung laufe, durch Gremienbeschlüsse vorgeprägt sei. Der Staatsminister zeigt sich erfreut, dass der Geist der Beschlüsse von der Stiftung und den Einrichtungen der Stiftung weitergetragen werde. Es sei beglückend, miterleben zu dürfen, mit welchem Engagement jetzt daran gearbeitet werde, die Stiftung und die Einrichtungen auch im Geist der Empfehlungen des Wissenschaftsrats effizienter aufzustellen und national wie international sichtbarer zu machen.

In der Kultusministerkonferenz gebe es eine Arbeitsgruppe, die die Details des Gesetzes ausarbeite, das das provisorische Gesetz aus dem Jahr 1957 ablösen müsse. Dabei gehe es auch um die Verkleinerung des Stiftungsrats auf neun Sitze. Die Ländergemeinschaft werde Ländergruppen bilden, die sich in einem Turnus in der Mitgliedschaft ablösen sollen. Es seien 14 Stimmen für die Länder und 26 Stimmen für den Bund vorgesehen.

Bei den Verhandlungen über die Finanzierungsfragen sei man noch nicht weit gekommen. Die Beratungsunternehmen PD und actori GmbH hätten einen Bedarf von annähernd 60 Mio. Euro ermittelt, um die Stiftung international konkurrenzfähig auf Topniveau aufzustellen. Die Stiftung selbst habe einen Bedarf von rund 31 Mio. Euro definiert, damit sie in den neuen Strukturen handlungsfähig sei.

Der Reformprozess hebe auch Synergien, sodass er der Überzeugung sei, dass der Prozess in jedem Falle zu Ende geführt werden müsse. Die Länder hätten angeboten, ihren Beitrag um jeweils zehn Prozentpunkte zu erhöhen, was etwa 3 Mio. Euro entspreche. Es bleibe noch ein beachtlicher Handlungsbedarf. Die Finanzministerkonferenz und die Ministerpräsidentenkonferenz müssten einbezogen werden.

Die Länder wünschten sich vom Bund eine angemessene Unterstützung dieses Prozesses. Abgestimmt sei, dass der Gesetzentwurf und der

Entwurf der Finanzierungsvereinbarung bis Ende 2024 so weit sein sollten, dass der Bund auf dieser Grundlage den Gesetzgebungsprozess einleiten könne. Es werde abermals ein Bundesgesetz notwendig sein, das auf der bereits dargestellten seinerzeit sachlich gebotenen Durchbrechung der Kulturhoheit der Länder beruhe.

Hans Heinrich Bethge (Senatsdirektor, Leiter des Amtes Kultur in der Hamburger Behörde für Kultur und Medien) betont eingangs, dass durch das Gutachten des Wissenschaftsrats ein dringend notwendiger Reformprozess angestoßen worden sei, der früher hätte einsetzen müssen. Die Länder hätten bereits sehr viel früher damit begonnen, Kultureinrichtungen zu flexibilisieren, neue Strukturen mit mehr Eigenverantwortlichkeit, eigener Budgethoheit et cetera einzuführen. Die SPK-Struktur sei nicht mehr zeitgemäß.

Es sei richtig, dass die Länder sich von Anfang an in den Reformprozess eingebracht hätten. Auch Hamburg habe der Reformkommission angehört. Man sei zu guten Ergebnissen gekommen. Über die entsprechenden Beschlüsse des Stiftungsrats habe Herr Prof. Dr. Parzinger berichtet. Die Stiftung habe ein unglaubliches Potenzial, das bisher nicht gehoben worden sei. Dazu bedürfe es der neuen Strukturen und vieler anderer Elemente.

Herr Bethge dankt Herrn Prof. Dr. Parzinger, dass dieser, obwohl die gesetzlichen Grundlagen noch nicht geschaffen seien, mit der Umsetzung der Reform bereits begonnen habe. Er und seine Kolleginnen und Kollegen hätten den Eindruck, dass der Reformprozess greife. Dies sei eindrücklich in der vergangenen Stiftungsratssitzung erlebbar gewesen. Dort hätten erstmalig mehrere Vorstandsmitglieder die Belange der Stiftung vorgetragen. Ein Miteinander, ein stärkerer Austausch sei plötzlich möglich gewesen. Es sei richtig gewesen, den Vorschlag des Wissenschaftsrats für eine Zerschlagung der SPK nicht umzusetzen. Das Miteinander erbringe Synergieeffekte.

Erste Schritte seien gegangen worden, der Reformprozess müsse auf allen Ebenen weitergeführt werden. Klare Rahmenbedingungen seien nötig. Dass es diese bei der Finanzierung zurzeit nicht



gebe, bereite ihm Sorgen. Herr Bethge sieht die Gefahr, dass der Reformprozess ins Stocken geraten und dadurch eine Verunsicherung der Mitarbeiter/-innen eintreten könnte. Dies könne den Prozess torpedieren. All jene, die den Reformprozess mit angestoßen hätten, hätten eine Verantwortung für das Gelingen.

Die Kultusminister/-innen hätten sich darauf geeinigt, die zehnpromtente Erhöhung ihrer Beteiligung vorzuschlagen. Das sei ein erster Schritt. Es sei immer klar gewesen, dass das Reformpaket Kosten nach sich ziehen werde, die gedeckt werden müssten. Aktuelle zusätzliche Ausgaben würden aus Bordmitteln finanziert, was keine gute Lösung sei. An dieser Stelle müsse man weiterkommen.

Bei den Diskussionen der Länder habe es ein Commitment gegeben: dass die Länder die SPK als eine gesamtstaatliche Aufgabe sähen, alle Länder sich weiter beteiligen wollten, dass die finanziellen Probleme der Stiftung nicht allein von den Ländern getragen werden könnten. Die Länder seien enttäuscht, dass es seitens des Bundes bisher keine Äußerungen gebe, wie es mit den Finanzen weitergehen könne.

Gleichwohl sehe er den Prozess insgesamt auf einem guten Weg. Er dankt der SPK für die konstruktive Herangehensweise an den Reformprozess. Es sei noch viel zu tun und man wolle versuchen, schnell zum Abschluss zu kommen.

Die **Vorsitzende** leitet in die Fragerunde über.

Abg. **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU) sagt, jeder Prozess starte auf einer Grundlage, die auch die vorhandenen Ressourcen beinhalte. Daher wolle sie sich zunächst auf das Thema Haushaltslage der SPK konzentrieren. Wie hoch das Defizit einschließlich notwendiger Investitionen sei, welche Folgen sich daraus für den Reformprozess ableiten ließen und was unabhängig vom Reformprozess fehle, möge Herr Prof. Dr. Parzinger sagen. Er soll zudem schildern, wie sich die finanzielle Situation auf die einzelnen Häuser der Staatlichen Museen zu Berlin auswirke und dabei

insbesondere auf die Folgen der Haushaltssperre eingehen. In welchem Umfang laufende Maßnahmen, Veranstaltungen, Ausstellungen oder auch zusätzliche Personalkosten dadurch nicht mehr abzudecken seien, interessiert darüber hinaus.

Abg. Annette Widmann-Mauz spricht sodann den neuen Interimsvorstand an. Ob in der künftigen Struktur eine Rotation der Aufgabenfelder für die Vorstandsmitglieder angedacht sei und wie gegebenenfalls die dafür notwendige Kompetenz abgesichert werden solle, möge ebenfalls gesagt werden. Es interessiert zudem die Größe des Stabs unterhalb des Vorstandes. Eine weitere Frage zielt auf die Beratung durch PD. Ob das Unternehmen bereits Empfehlungen für Nachsteuerungen gegeben habe und ob diese schon umgesetzt worden seien, möge gesagt werden. Ob zwei Sitzungen des Stiftungsrats pro Jahr in dem komplexen Reformprozess ausreichend seien, ist ebenfalls von Interesse.

Abg. **Helge Lindh** (SPD) würdigt den begonnenen komplexen Reformprozess. Mehr Autonomie und Dezentralisierung würden zugleich mit Interdisziplinarität und einem stärkeren Verbund verknüpft. Die SPK sei eine herausragende Einrichtung der (Bundes-)Kulturpolitik. Die Institution lebe von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die die Unterschiedlichkeit und Vielfalt der einzelnen Bereiche repräsentierten.

Herr Abg. Lindh dankt den Gästen für ihr Engagement, es sei nicht selbstverständlich, dass derartige Prozesse erfolgreich verliefen. Er habe den Hinweis von Seiten der Länder vernommen, dass man auf den Bund gewartet habe und dieser langsam sei. Dies sei bisweilen in anderer Sache auch umgekehrt.

Herrn Prof. Dr. Parzinger soll die Finanzierungsfragen detailliert erläutern und dabei differenzieren zwischen Kosten, die durch die Reform entstehen und Kosten, die etwa durch höhere Ausgaben für Energie, Aufsichtspersonal et cetera anfallen. Herr Bethge möge sagen, was in dem kommenden Prozess aus Sicht der Länder von größter Dringlichkeit sei. Eine weitere Frage an die beiden Vertreter sowie die Vertreterin der SPK zielt auf



das Haus Bastian (Berlin) und dessen Perspektiven als herausragende Einrichtung für kulturelle Bildung.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD) äußert seine Freude darüber, dass die SPK nicht zerschlagen wird. Er befürwortet ein Ende der Diskussion über die Streichung des Wortes Preußen aus dem Namen der Stiftung. Schließlich stehe der Staat Preußen nicht nur für Militär, sondern auch für Kunst, Kultur und Aufklärung.

Die BKM wolle auf Augenhöhe mit den großen Häusern in Washington, New York oder Paris agieren. Deren Budgets rissen jedoch die Milliardenmarke. Wie es mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen gelingen solle, in dieser Liga zu spielen und die Strukturreformen umzusetzen, sollen die Gäste beantworten. Abg. Dr. Frömming schildert die aktuelle Aufteilung der Finanzierung zwischen Bund und Ländern (Bund 85 Prozent plus Baukosten, Berlin 8 Prozent, übrige Länder zusammen 7 Prozent). Ob die Länder sich eine höhere Beteiligung vorstellen könnten, zumal sie auch mehr Einfluss nehmen möchten und Kulturpolitik Ländersache sei, sollen die Ländervertreter sagen.

Bei Herrn Prof. Dr. Parzinger erkundigt sich Abg. Frömming nach den nötigen finanziellen Mitteln und für was zusätzliche Gelder eingesetzt werden sollten. Der Stiftungsrat solle künftig aus sieben Mitgliedern bestehen und die Museen seien dort lediglich mit zwei Sitzen vertreten. Wie es dazu gekommen sei und ob die Museen nicht mehr Vertreter entsenden sollten, möge erklärt werden.

Abg. **Anikó Glogowski-Merten** (FDP) berichtet, dass sie als geborene Brandenburgerin die Museen der SPK in Potsdam und Berlin geprägt hätten und zeigt sich dankbar dafür, dass es die SPK gibt. Reformen müssten angegangen werden, um die Stiftung zukunftsfest zu machen. Die präsentierte inhaltliche Vision finde sie sehr gut. Schließlich sei Kultur auch für die Demokratie wertvoll, indem sie etwa aufzeige, wo eine Gesellschaft herkomme und hinwolle.

Es sei mehrfach betont worden, dass die Reform der SPK eine gesamtstaatliche Aufgabe sei, die Bund und Länder auf Augenhöhe miteinander voranbringen sollten. Das bedeute, dass auch die Länder in der Pflicht seien. Zugleich werde der Stiftungsrat verkleinert und die Länder erhielten weniger Sitze. Von den Vertretern der Länder möchte Abg. Glogowski-Merten wissen, ob sie angesichts des gewünschten stärkeren Engagements der Länder die Verringerung der Sitze für sinnvoll erachteten. Es habe bereits vereinzelt skeptische Stimmen gegeben.

Abg. **Jan Korte** (Die Linke) reagiert auf den Wortbeitrag des Abg. Dr. Frömming und zeigt seine Verwunderung darüber, dass dieser beim Stichwort Preußen an die Aufklärung denke. Er denke eher an den Stechschritt. Dies zeige, dass man in verschiedenen Welten lebe.

Abg. Korte richtet seine Frage an Frau Prof. Dr. Göbel (Begleitung Prof. Dr. Parzinger, Direktorin des Ibero-Amerikanischen Instituts der SPK). Häufig werde gesagt, die SPK wirke ein wenig altbacken – dies referiere er ohne Wertung. Was getan werde könne, um die SPK auf die Höhe der Zeit zu bringen und ob neue Gremien, neue Angebote oder etwa die Mitarbeiter/-innen dazu beitragen könnten, soll gesagt werden. Zudem sei die Frage, was „die Höhe der Zeit“ sein könne.

Abg. **Erhard Grundl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnert an die Diskussion über eine mögliche Zerschlagung der SPK und bezeichnet es als positiv, dass es dazu nicht gekommen sei. Es sei erkannt worden, dass in der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Museen, Archiven, Lehre und Forschung sowie der Vernetzung die Zukunft liege. Nicht der Name SPK sei eine Weltmarke, sondern die einzelnen Häuser seien Weltmarken.

Abg. Grundls erste Frage zielt auf die Akzeptanz der Reformpläne bei den fast 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ob die strukturellen Veränderungen einvernehmlich und sozialverträglich umgesetzt würden, soll gesagt werden.



Weiterhin möchte er wissen, wie sich die Zusammenarbeit zwischen der SPK und dem Humboldt Forum gestalten und ob es diesbezüglich Überlegungen für die Zukunft gebe.

Zum Schluss weist Abg. Grundl darauf hin, dass das preußische Herrscherhaus auch für deutsche Kolonialverbrechen und Antisemitismus stehe. Es falle ihm schwer mit anzusehen, wie sich das in letzter Konsequenz antisemitische Spruchband an der Kuppel des Humboldt Forums mitten in Berlin halten könne.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort für die Antworten.

Dr. Andreas Görgen (Leitender Beamter, BKM) beginnt mit Ausführungen zum föderalen Mehrwert der SPK. Der Bund trage die Hauptlast der Finanzierung. Das Haus der BKM sei den Ländern sehr dankbar, dass sie Bereitschaft zeigten, ihren Anteil zu erhöhen. Man solle jedoch nicht überschätzen, was dies im Gesamtbudget der Stiftung ausmache. Damit allein werde es nicht getan sein. Das Haus der BKM sei sich der Verantwortung bewusst. Bei den Ansätzen und der Durchführung des Haushalts 2024 sei man bei einer sehr vernünftigen Größenordnung für die SPK angelangt. Herr Dr. Görgen äußert Optimismus, dass die Finanzierungsfragen geklärt werden könnten.

Sodann kommt er auf das Thema Vergleichbarkeit mit anderen internationalen Häusern zu sprechen und erläutert am Beispiel des Louvre anhand einiger Zahlen, dass bei der Diversifizierung der Einnahmen bei der SPK noch Potenzial liege. Nicht alles werde über öffentliche Gelder zu lösen sein.

Herr Dr. Görgen kommt auf das Thema Haushalt zurück. Dass es um Mehrbedarfe gehe, sei ihm bewusst. Die Bauvorhaben der SPK seien eine Generationenaufgabe. Man werde durch die Erhöhung der öffentlichen Mittel, mit einer Diversifizierung der Einnahmen und durch Synergien zu einer Lösung kommen. Er freue sich, wenn dann die Länder überlegten, ob sie noch mehr beitragen könnten.

Gero Dimter (Begleitung Prof. Dr. Parzinger, Vizepräsident SPK) berichtet, der Jahreshaushalt der SPK betrage insgesamt rund 400 Mio. Euro. Er nennt einige weitere Zahlen: 106 Mio. Euro Bauhaushalt, 30 Mio. Euro Ticketeinnahmen und Sponsoring, 13,9 Mio. Euro Mehrausgaben durch Preissteigerungen für Sicherheit, 8,7 Mio. Euro Mehrausgaben durch Preissteigerungen für Energie, 3,6 Mio. Euro Mehrausgaben durch Preissteigerungen für den IT-Bereich, 5 Mio. Euro entgangene Einnahmen durch die Schließung des Pergamonmuseums. Der Bund habe dankenswerterweise trotz der schwierigen Haushaltslage die Mittel für 2024 um 4,9 Mio. Euro erhöht, das Land Berlin habe entsprechend kofinanziert.

Neben dem Haus der BKM sei man mit dem Land Berlin als Kofinanzierer im Austausch, um das aktuelle Defizit herunterzudrücken. Dabei gehe es auch um die Verwendung von Rücklagen, die Frage der Erhöhung der Eintrittspreise, Einsparmaßnahmen et cetera. Für die SPK sei wichtig, dass die Preissteigerungen (Sicherheit und Energie) dauerhaft abgedeckt würden. Zugleich versuche man, die Einnahmen durch Sponsoring zu erhöhen. Der Hamburger Bahnhof gehe mit gutem Beispiel voran (jährlich zusätzliche Einnahmen von 2 Mio. Euro).

Die einzelnen Häuser bekämen mit durch Kennzahlen unterlegte eigene Budgets zum einen mehr Gestaltungsfreiheit, zum anderen führe ein Mehr an Eigenverantwortung dazu, auch an die Kostendeckung zu denken.

Seinerzeit sei von PD berechnet worden, dass allein um auf das Niveau internationaler Player zu kommen, 60 Mio. Euro benötigt würden – ohne Reform. Die SPK sei bei eigenen Berechnungen auf 31 Mio. Euro gekommen (v.a. für die Bereiche Bildung und Vermittlung, Kommunikation, Marketing, Bau/Technik, IT – jeweils Inhalt und Personal).

Am Beispiel der Finanzierung der Ausstellungen skizziert Herr Dimter aktuelle Herausforderungen. Ausstellungen, zu denen man sich verpflichtet habe, werde man dieses Jahr umsetzen können. Doch man gerate an die Grenzen.



Problematisch sei darüber hinaus, dass bislang keine Mittel zur Finanzierung des Personals im Depot in Friedrichshagen zur Verfügung stünden. Es könne daher nicht betrieben werden, was ihm große Sorgen bereite.

Die SPK habe das Haus Bastian 2019 als Schenkung von Heiner Bastian übernommen mit der Zweckbindung, das Haus solle für kulturelle Bildung genutzt werden. Der Stiftungsrat habe damals die Auflage gemacht, dass keine zusätzlichen Kosten für den Steuerzahler entstehen dürften. Das Haus werde seitdem mit Drittmitteln finanziert. Ein Beispiel sei ein Projekt der Sparkasse für ukrainische Kinder und Jugendliche im Umfang von 40.000 Euro.

Prof. Dr. Barbara Göbel (Begleitung Prof. Dr. Parzinger, Direktorin des Ibero-Amerikanischen Instituts der SPK) antwortet zunächst auf die Frage, wie die „altbackene“ SPK modernisiert werden könne. Sie vertrete das Ibero-Amerikanische Institut Preußischer Kulturbesitz (IAI), das international ausgerichtet sei. Jüngst rückgekehrt von einer Dienstreise aus Brasilien sei ihr einmal mehr bewusst geworden, wie systemrelevant die SPK für die Demokratie sei. Dabei gehe es nicht nur um Größe, sondern vor allem um Vielfalt. Es gehe um die Schnittstellen Kultur/Wissenschaft und Bund/Länder sowie um das Relais Innen/Außen. Die SPK verfüge über ein großes Kapital, das durch die Reform stärker genutzt werden solle – auch im Sinne der Steuerzahler, die die Einrichtung finanzierten.

Nun werde allen Einrichtungen des Verbundes SPK eine Gestaltungsautonomie eingeräumt, die das IAI schon immer gehabt habe. Jede der Einrichtungen habe ein Profil und ein Netzwerk, was bisher fehle sei jedoch die Vernetzung des Ganzen. Sei diese erreicht, werde ein Raum geschaffen, in dem aus einzelnen Erfahrungen und Expertisen der Bestandteile der gesamte Verbund profitiere, so dass ein Mehrwert für die Gesellschaft entstehe.

Der kollegiale Interimsvorstand spiele bei der Entwicklung eine wichtige Rolle. Er bestehe aus sieben Personen.

Frau Prof. Dr. Göbel beschreibt die Zusammensetzung des Vorstands (Präsident, Leitung zentrale Service-Einheit, Generaldirektor/-in der Staatsbibliothek, drei Vertretungen aus den Staatlichen Museen zu Berlin, und eine gewählte Vertretung aus drei weiteren Einrichtungen) und sagt, dass das Gremium sehr gut funktioniere, weil unterschiedliche Perspektiven in einem Organ zusammengebracht würden, das strategische Entscheidungen fälle. Der Vorstand sei an Foren und weitere Gremien gekoppelt, die Inputs lieferten.

Man habe sich mit Blick auf eine Geschäftsordnung bereits mit folgenden Fragen auseinandergesetzt: Wie wird entschieden? Wer setzt die Agenda und welche Rolle hat der Vorstand in Zukunft? Der Vorstand solle nicht in die Gestaltungsautonomie der Einrichtungen eingreifen.

Prof. Dr. Hermann Parzinger (Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Präsident) geht auf das Thema Akzeptanz durch die Mitarbeiter/-innen ein und verweist auf das Veränderungsmanagement, bei dem PD begleite. Dabei gehe es etwa um die Frage, welche Formate man anbieten könne, um möglichst viele Mitarbeitende zu erreichen und ihnen zu vermitteln, warum welche Entscheidung an welcher Stelle getroffen worden sei. Es sei kein Geheimnis, dass ein Veränderungsprozess nicht immer alle zufrieden stelle und Unsicherheiten mit sich bringe. Entscheidend sei, dass die Arbeitsplätze gesichert seien. Mit dem Personalrat gebe es eine Vereinbarung, dass Veränderungen sozialverträglich durchgeführt würden. Beispielsweise sollten Eingruppierungen erhalten bleiben und Weiterentwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Zur Frage der Integration des Humboldt Forums erläutert Prof. Dr. Parzinger, dass man sich mit Bund und Ländern einig gewesen sei, zunächst die SPK in einen Verbund von möglichst autonom agierenden Einrichtungen zu überführen. Es bleibe jedoch das Ziel, das Humboldt Forum in einem zweiten Schritt zu integrieren. Das Humboldt Forum könne nur ein Erfolg werden, wenn die Leitung auch Verantwortung für die Sammlungen habe. Aktuell seien Sammlungen und Debatten/Veranstaltungen voneinander getrennt.



Staatsminister **Rainer Robra** (Chef der Staatskanzlei, Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt) ergänzt, dass es inhaltliche und formale Gründe gebe, die Integration des Humboldt Forums in die SPK jetzt nicht voranzutreiben. Die SPK sei eine auf einem Gesetz beruhende Stiftung öffentlichen Rechts, während das Humboldt Forum eine auf einem Kabinettsbeschluss beruhende Stiftung privaten Rechts sei, die derzeit ausschließlich der Bund finanziere. Es gefährde die Reform der SPK, wenn man die Integration gleichzeitig anginge. Es sei Konsens zwischen Bund und Ländern, diese Prozesse zu entkoppeln.

Es liege den Ländern fern, die eigene Rolle in der SPK zu stärken. Aktuell habe der Stiftungsrat 20 Sitze: 2 jeweils für Nordrhein-Westfalen und Berlin, 1 jeweils für die übrigen Länder, 2 für den Bund. Künftig habe der Stiftungsrat 9 Sitze. In Zukunft hätten die Länder voraussichtlich 7 Sitze, der Bund behalte 2. Das Gewicht des Bundes steige.

Den Sitzen seien Stimmen zugeordnet. Die Gesamtzahl habe früher 120 betragen, die Länder hätten über 80 Stimmen verfügt, was zwei Dritteln entspreche. Nach dem neuen Modell gebe es insgesamt 40 Stimmen, die Länder erhielten 54 Prozent der Stimmen.

Die Länder erkannten an, dass der Bund seit Jahrzehnten die größte Last für die Umsetzung des gemeinsamen gesamtstaatlichen Anliegens SPK trage und erwarteten, dass sich dies ebenfalls in den künftigen Finanzierungsbeiträgen widerspiegele. Der Aspekt der Finanzierung werde noch Gremien auf Länderebene beschäftigen, die derzeit noch wenig darüber wüssten, was auf sie zukomme. Er bemühe sich, alle ins Bild zu setzen.

Er begrüße, dass die SPK im Gegenzug auf die Länder zugehe und sich sichtbar Mühe gebe, ihre Leistungen und Konzeptionen auch gemeinsam mit den Ländern zu verwirklichen und ihre Ausstellungstücke zu teilen. So habe die Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt vor einigen Monaten gemeinsam mit der SPK eine Ausstellung zu dem Möbeldesigner des Bauhauses Erich Dieckmann konzipiert, die sowohl in Sachsen-Anhalt

als auch im Bund gezeigt worden sei. Die Sichtbarkeit der SPK in den Ländern sei wichtig.

Hans Heinrich Bethge (Senatsdirektor, Leiter des Amtes Kultur in der Hamburger Behörde für Kultur und Medien) betont, die dringlichste Aufgabe im Reformprozess sei nun, die Rahmenbedingungen festzulegen. Es gehe um die gesetzlichen Grundlagen etwa für den Vorstand und das Finanzierungsabkommen. Die Länder müssten weitere Gremien einbeziehen, um Entscheidungen abzustimmen.

Nach dem aktuell geltenden Finanzierungsabkommen seien die Beiträge aller Länder außer Berlin gedeckelt, während die Beiträge des Bundes und des Landes Berlin jährlich gewachsen seien, sodass sich über die Jahre ein entsprechendes Verhältnis ergeben habe. Dieses werde nun grob in der Beteiligung im Stiftungsrat und den Stimmenverhältnissen abgebildet. Im Stiftungsrat sei unter den Ländern ein rotierendes System verabredet. Das bedeute, dass alle Länder dem Gremium angehörten, einige jedoch zunächst stellvertretende Mitglieder seien. Man wechsele sich ab. Unterlagen, Protokolle etc. sollten alle bekommen. Die Länder würden sich weiterhin untereinander abstimmen.

Die **Vorsitzende** leitet in die zweite Fragerunde über.

Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU) fragt die Vertreterin sowie die beiden Vertreter der SPK, ob innerhalb des Vorstands eine Rotation der Aufgaben vorgesehen sei und wie bei Wechseln der Mitglieder Kompetenzen sichergestellt würden. Zudem interessiert die Größe des Stabes. Eine weitere Frage zielt auf den Stiftungsrat. Herr Dr. Görgen und die beiden Vertreter der Länder sollen sagen, wie in den auf neun Sitze (7 Länder, 2 Bund) verkleinerten Stiftungsrat internationale Expertise einfließen solle, wie sie im Eckpunktepapier vorgesehen sei, und ob dies zu einer Vergrößerung führen werde.

Schließlich möchte Frau Abg. Widmann-Mauz wissen, warum angesichts des hohen



Finanzierungsanteils des Bundes, der vom Deutschen Bundestag mit dem Haushaltsgesetz beschlossen werde, nicht mindestens zwei zusätzliche Sitze im Stiftungsrat (einen für eine die Regierung stützende Fraktion, einen für die Oppositionsfraktionen) vorgesehen seien.

Abg. **Helge Lindh** (SPD) nennt als bedeutenden Preußen Wilhelm von Humboldt und geht kurz auf dessen Überlegungen zur Sprache als bildendes Organ des Gedankens und als Form der Weltansicht ein.

An die Vertreter/-in der SPK gerichtet fragt er nach Plänen zur Erschließung neuer Besuchergruppen. Weitere Fragen zielen auf die Themen Öffnungszeiten und den Standort Dahlem. Herr Dr. Görgen möge darstellen, welche gesetzgeberischen Maßnahmen zwingend erforderlich seien.

Abg. **Götz Frömming** (AfD) zitiert aus dem PrKultbG, in dem stehe, dass es um die „Pflege und Bewahrung der Kulturgüter des ehemaligen Landes Preußen“ gehe. Die Provenienz sei im Ausschuss häufig ein wichtiges Thema, etwa, wenn Kulturgüter aus afrikanischen Ländern stammten. Vor diesem Hintergrund möge Herr Dr. Görgen beantworten, ob es ernsthafte Erwägungen gebe, das Wort Preußen aus dem Namen der SPK zu streichen.

Herr Prof. Dr. Parzinger soll sagen, ob er jemals einen Vorstoß unternommen habe, den Namen der Stiftung zu ändern oder ob eine mögliche Änderung von der Politik angestoßen worden sei. Weiterhin interessiert, ob eine größere Rolle von Querschnittsthemen bei der Museumsarbeit (Klimakrise, Nachhaltigkeit, Diversität) in Zeiten knapper Mittel zulasten der klassischen Museumsarbeit gehen könne (Stichwort eingeschränkte Öffnungszeiten).

Abg. **Anikó Glogowski-Merten** (FDP) äußert ihre Skepsis bezüglich der geplanten begrenzten Sitze für die Länder im Stiftungsrat und der Beteiligung der nicht direkt vertretenen Länder über stellvertretende Mitgliedschaften. Sie zeigt sich angesichts des Anspruchs, dass Museen offene Orte

sein sollten, erschrocken darüber, dass es offenbar nötig sei, umfangreiche Mittel für die Sicherheit auszugeben.

Frau Prof. Dr. Göbel möge erläutern, wie die einzelnen Häuser und Institute der SPK durch Innovationen ihre jeweilige Marke stärken könnten.

Abg. **Awet Tesfaiesus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich, ob es im Rahmen der SPK-Reform Überlegungen zum Thema Kolonialismus und damit verbundenen Themen gebe.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort für die Antworten.

Dr. Andreas Görgen (Leitender Beamter, BKM) erinnert überblicksartig an die Hintergründe des Übergangs des Hauses Bastian in den SPK-Besitz und verbindet dies mit einem Plädoyer für eine stärkere Diversifizierung der Einnahmen.

Zu der Frage zur Rotation im Vorstand führt er aus, dass im Beschluss des Stiftungsrats vom Dezember 2022 Folgendes festgelegt worden sei: die vier Querschnittsthemen, die Mitglieder des Interimsvorstands, die Regelung, dass der Präsident für die gesamte Amtszeit einen Sitz habe und die übrigen Mitglieder für vier Jahre bestimmt seien. Es komme demnach zu einem Wechsel bei den Mitgliedern, sollten diese nicht wiederholt bestellt werden. In der Satzung des Vorstands müsse die Zuteilung der Vorstandsressorts geregelt werden. Der Präsident habe seinerzeit bereits Vorstellungen geäußert, beispielsweise, dass das Thema Digitales bei der Staatsbibliothek angesiedelt sein sollte und Forschung beim Ibero-Amerikanischen Institut beziehungsweise bei Frau Prof. Dr. Göbel. So werde man die Aufgaben zunächst aufteilen, alles Weitere werde der Vorstand als Kollegialorgan entscheiden.

Zum Stiftungsrat stehe im PrKultbG lediglich ein schlanker Satz mit dem Hinweis, dass alles Nähere eine Satzung regele. Gemeinsam mit den Ländern versuche das Haus der BKM, an dieser Stelle präziser zu werden.



Man nehme die Anregung aus der Mitte des Kulturausschusses auf, auch an die Mitglieder des Deutschen Bundestages zu denken.

Mit Blick auf das Humboldt Forum sagt Dr. Görge, dass alle wüssten, Häuser und Sammlungen zu trennen sei nicht der Weisheit letzter Schluss. Bezüglich des Wortes Preußen im Namen der SPK verweist er auf die Übertragung von Vermögenswerten des ehemaligen Landes Preußen auf die SPK. Er erwähnt erneut das Urteil des BVerfG von 1959, in dem betont worden sei, dass es bei der Arbeit der Stiftung um Kulturarbeit im Sinne des Gesamtstaates gehe. Es sei ratsam, wenn man sich dessen bewusst und offen dafür sei, dass sich die Welt rund 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verändert habe.

Sodann kommt Herr Dr. Görge auf das Thema Öffnungszeiten zu sprechen. Die SPK habe sich ein genaues Bild der Besucherströme gemacht. Es sei zu rechtfertigen, wenn Öffnungszeiten entsprechend variiert würden.

Prof. Dr. Barbara Göbel (Direktorin des Ibero-Amerikanischen Instituts der SPK) argumentiert, dass die für den Gesamtverbund relevanten Querschnittsaufgaben selbstverständlich von Vorstandsmitgliedern übernommen werden müssten, die entsprechende Kompetenzen vorwiesen. Der Interimsvorstand biete die Chance der Erprobung, wie die Verteilung organisiert werden könne. Jedes Mitglied des Interimsvorstands habe Unterstützung durch eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter (E13-Stelle), zudem existiere je eine Stelle für die Schnittstelle Bund-Länder sowie für den Bereich Wissenschaft.

Eine höhere gesellschaftlichen Relevanz der SPK lasse sich erreichen, indem man zunächst einmal von den Spezifika jeder Einrichtung ausgehe. Die Vielfalt sei eine Stärke der SPK. Zugleich gehe es um eine stärkere Nutzung von Synergieeffekten. Am Standort des Kulturforums (mit Ibero-Amerikanischem Institut, Staatsbibliothek, dem Staatlichen Institut für Musikforschung und mehreren Museen) könne man sehen, wie man Publika besser ansprechen könne, indem beispielsweise der Standort umgestaltet werde und man sich

abgestimmter nach außen hin darstelle.

Zielvereinbarungen für die Einrichtungen würden künftig ein wichtiges Instrument des Vorstandes sein. Diese müssten komplementär mit Zielen des Gesamtverbandes verbunden sein. Dadurch erhoffe man sich eine besser abgestimmte Außendarstellung, die die gesellschaftliche Relevanz erhöhe.

Gero Dimter (Vizepräsident SPK) ergänzt zum Thema Flexibilisierung der Öffnungszeiten, dass die SPK die weniger publikumsstarken Häuser zusätzlich am Dienstag und an den anderen Tagen je eine Stunde früher schließe. Die Entscheidung darüber sei nicht leichtgefallen. Zugleich sei es wichtig, die besucherstarken Häuser ohne Einschränkungen offenzuhalten. Das Bildungsprogramm für Schulen und Kitagruppen wolle die SPK erhalten. Schulklassen könnten die Einrichtungen weiterhin auch an Dienstagen besuchen.

In Museen mit besonders erfolgreichen Ausstellungen und großem Besucherandrang würden die Öffnungszeiten von vornherein von 9:00 bis 19:00/20:00 Uhr ausgeweitet. Flexibilität sei wichtig. Zugleich müsse es Verlässlichkeit für das Publikum geben, daher könne man Öffnungszeiten nicht beliebig ändern.

Die Einrichtungen hätten unterschiedliche Publika. Herr Dimter nennt einige Beispiele. Die Häuser richteten ihre Strategie dementsprechend aus. Ein zentraler Besucherservice agiere unterstützend. Geplant sei, die Zusammenarbeit mit Resellern zu verstärken. Insbesondere das Kulturforum als zweitwichtigster Standort solle stärker entwickelt und mehr in den Fokus von Touristinnen und Touristen gerückt werden.

Prof. Dr. Hermann Parzinger (Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Präsident) sagt, Dahlem sei kein öffentlicher Museumsstandort mehr. Das noch dort angesiedelte Museum Europäischer Kulturen wolle die SPK langsam in das Humboldt Forum überführen. Dahlem sei der Forschungscampus der SPK. Es existiere eine strategische Partnerschaft mit der Freien Universität Berlin



(FU Berlin) sowie ein Residency-Programm. Wissenschaftler/-innen aus aller Welt arbeiteten an den Sammlungen und in den Archiven in Dahlem. Dort entstünden die Inhalte, die später im Humboldt Forum über Ausstellungen oder Veranstaltungen dargeboten würden. Auch Dahlem sei dringend sanierungsbedürftig.

Herr Abg. Korte habe von der altbackenen SPK gesprochen. Ob er immer noch davon sprechen würde, wenn er die immer diversere Mitarbeiter-schaft in den Einrichtungen und den Generationswechsel mit vielen jungen Leuten an vielen Stellen einmal persönlich erlebt hätte, sei fraglich. Insofern könne man sich fragen, inwieweit der Name der SPK bestimmte Dinge impliziere. Bei der Gründung der Stiftung sei auch ein anderer Name im Gespräch gewesen: Deutsche Nationalstiftung. Diesen hätten seinerzeit die Länder abgelehnt und auf ihre Kulturhoheit verwiesen. Dann habe man sich auf SPK geeinigt, da das Wort Preußen schließlich für die Herkunft der Sammlung stehe. Eine Umfrage unter Berlinerinnen und Berlinern habe vor Jahren einmal gezeigt, dass die SPK häufig mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg verwechselt werde.

Die SPK bewahre das kulturelle Erbe der Menschheit aus allen Epochen, aufgebaut von dem Kultur- und Wissenschaftsstaat Preußen. Es müsse gleichwohl erlaubt sein, einmal darüber nachzudenken, ob der Name möglicherweise geändert werden solle. Auf internationalen Konferenzen müsse er immer erklären, wen er vertrete. Ein Name, der besser ausdrücke, was die SPK tatsächlich sei und die Herkunft der Sammlung über das Wort Preußen sozusagen mittransportiere, sei jedoch offenbar schwer zu finden. Daher habe man die Namensfindung zunächst ad acta gelegt, da es dringendere Probleme zu bewältigen gebe.

Das Thema Kolonialismus/Dekolonisierung sei für die SPK wichtig. Bei der Eröffnung eines weiteren Teils des Humboldt Forums im September 2022 seien fast 100 Kolleginnen und Kollegen aus aller Welt eingeladen gewesen. Es sei eine Art Global Cultural Assembly entstanden. Etwa ein Dutzend Personen aus allen Kontinenten hätten Kontakt

gehalten und koordinierten den Prozess. Sie hätten bemerkt, dass die SPK in einem Reformprozess stecke und angeboten, ihre Sichtweisen einzubringen. Er verantworte im Vorstand das Thema Internationales und man wolle sich mit den Kolleginnen und Kollegen austauschen. Es existiere eine Arbeitsgruppe zur postkolonialen Provenienzforschung und es gebe Stellen für transkulturelle Zusammenarbeit. Beides gehöre zusammen. Internationalisierung bedeute nicht nur die Zusammenarbeit mit großen internationalen Einrichtungen, sondern solle sich auch bei den Mitarbeitenden zeigen. Es gelte, ein großes Potenzial zu heben.

Staatsminister Rainer Robra (Chef der Staatskanzlei, Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt) erläutere die Bundeszuständigkeit für die SPK und verweise auf die damaligen Ausführungen des BVerfG. Ein neues Bundesgesetz bedürfe aus heutiger Sicht der Zustimmung des Bundesrates. Seinerzeit sei dies anders gewesen, damals habe die Satzung der Zustimmung des Bundesrates bedurft, was eine merkwürdige Konstellation gewesen sei und die unterschiedlichen Umfänge der Texte erkläre.

Wie internationale Expertise im Stiftungsrat einfließen könne, werde über die Satzung geregelt werden. Es sei nicht beabsichtigt, den internationalen Experten Stimmrechte zuzuweisen. Sie würden in anderer Weise einbezogen. Der Frage, wie die Repräsentanz der Exekutive und der Legislative geregelt werde, sehe er aus Sicht eines Landes entspannt entgegen.

Rotationsmodelle halte er aufgrund seiner Erfahrungen im Bereich Rundfunk für effektive Instrumente, um die Größe von Gremien zu begrenzen. Im Medienrecht werde gewährleistet, dass auch jene, die nicht in der ersten Reihe am Tisch säßen, gleichwohl bei den wichtigen Fragen beteiligt würden. Gremien sollten klein sein, um ihre Aufgaben effizient wahrnehmen zu können.

Die Namensfrage sei im Augenblick nicht vor-dringlich. Persönlich sei er der Auffassung, dass der Begriff Preußen kein „verbrannter“ Begriff sei und die hohe aktuelle internationale Aufmerksamkeit



für Kant zeige, dass Preußen auch für seine kulturellen Traditionen stehe. In der Bundestagsdebatte sei seinerzeit in den 1950er-Jahren einiges dazu gesagt worden, warum man trotz der militaristischen Traditionen die kulturellen Traditionen Preußens geehrt wissen wollte.

Die **Vorsitzende** dankt den Gästen und hält fest, dass die SPK im Zusammenspiel mit der BKM und den Ländern ein ganzes Stück vorangekommen sei. Der Ausschuss habe nicht zu allen Zeiten die Hoffnung gehabt, dass es noch in dieser Legislaturperiode zu einem Gesetzentwurf kommen werde. Man freue sich darauf und werde im Herbst Zeit für intensive Beratungen einplanen. Für den weiteren Prozess wünscht die Vorsitzende eine gute Zusammenarbeit und Beweglichkeit in der Sache sowie bei den finanziellen Themen. Diese werde nötig sein. Der Ausschuss sei sich der Verantwortung für das Ganze bewusst und werde diese wahrnehmen.

Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Fußball-EM 2024 – Volle Unterstützung für ein neues Sommermärchen

BT-Drucksache 20/10068

Abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Abgeordneten Peter Felser, Stephan Protschka, Bernd Schattner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Schluss der Sitzung: 16:19 Uhr

Katrin Budde, MdB
Vorsitzende

Kulturgut Fleisch schützen – Kennzeichnungspflicht für künstlichen Fleischersatz aus dem Labor

BT-Drucksache 20/10977

Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/10977 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Tagesordnungspunkt 4

Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Für starke Quartiere, ein attraktives Lebensumfeld und ein gutes Leben in der Nachbarschaft – Die Städtebauförderung

BT-Drucksache 20/6711

Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt Annahme des Antrags der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP auf Drucksache 20/6711 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.